

Die öffentliche Meinung

ELISABETH NOELLE-NEUMANN

Von Europaverdrossenheit der Deutschen wird man wohl in den nächsten ein, zwei Jahren kaum mehr sprechen. Zu eindrucksvoll war die beachtliche Wahlbeteiligung bei der Europawahl am 12. Juni 1994 und der Zuspruch der Wähler zur Politik von Bundeskanzler Helmut Kohl und der CDU/CSU, die bekanntlich die Integration Europas für historisch ebenso bedeutend hält wie die deutsche Wiedervereinigung.

Wahlbeteiligung: Das ist bei den Europawahlen ein besonders interessantes Thema. Es gab Kommentatoren, die bei der Europawahl von einer niedrigen Wahlbeteiligung sprachen, weil sie sie mit der Wahlbeteiligung bei den deutschen Bundestagswahlen verglichen¹. Das ist eine Verkennung der psychologischen Situation. Auf die Frage: "Worin sehen Sie die Bedeutung dieser Wahl? Wird sich die Wahl irgendwie auf Ihr persönliches Leben auswirken, oder glauben Sie das nicht?" antworteten 73% der Bevölkerung ab 16 Jahre: "Für mich persönlich hat die Wahl keine Auswirkungen" bei 12% Gegenstimmen: "Hat für mich Auswirkungen"². Es wird keine Regierung bzw. keine Regierungskoalition gewählt, sondern nur ein Parlament und noch dazu ein Parlament, zu dem die deutsche Bevölkerung ein sehr distanzierendes Verhältnis hat. Auf die Frage: "Wie ist Ihre Meinung über das Europäische Parlament, haben Sie da eher eine gute Meinung oder eher keine gute Meinung?" antwortet die Bevölkerung 1 zu 2, nämlich zu 19% "gute Meinung", zu 35% "keine gute Meinung". Fast die Hälfte (46%) bleibt unentschieden³.

Die deutsche Wahlbeteiligung von 60,1% bei der Europawahl war nicht niedrig, sondern überraschend hoch. Das erkennt man, wenn man für die Kernländer, die ersten sechs Mitgliedsländer der EU, sowie Großbritannien und Dänemark den Verlauf der Wahlbeteiligung seit 1979 verfolgt. Nach relativ hoher Wahlbeteiligung bei der Premiere, der ersten Wahl zum Europaparlament 1979, allerdings auch damals schon auf sehr unterschiedlichem Niveau, fällt die Wahlbeteiligung bei der zweiten Europawahl in fast allen Mitgliedsländern, auch in Westdeutschland, und zwar auf 56,8%. Bei der dritten Europawahl, 1989, fällt sie weiter ab. Eine deutliche Ausnahme bildete 1989 Deutschland mit einer Wahlbeteiligung von 62,3%, also einer Zunahme von 5,5% gegenüber der vorangegangenen Europawahl von 1984⁴.

Mit Europa hatte die 1989 wieder hochgeschwellte deutsche Wahlbeteiligung nichts zu tun. Demoskopisch konnten wir mit Allensbacher Umfragen beobachten, wie im Frühsommer 1989 in den Wochen vor der Europawahl mit dem Be-

such des sowjetischen Staats- und Parteichefs Michail Gorbatschow in Deutschland und der ganz außergewöhnlichen "Gorbi"-Euphorie, die dieser Besuch auslöste, auch zugleich eine Hochstimmung der Bevölkerung entfacht wurde, eine Aktivierung, die schließlich auch die Wahlbeteiligung bei der Europawahl gegenüber den Wahlabsichten noch wenige Wochen vorher um 5% in die Höhe riß. Das wirkte sich auf die Anhänger aller Parteien aus, aber ganz besonders auf CDU/CSU-Anhänger, weil bei einem populären Staatsbesuch vor allem auf die Regierungspartei und den Regierungschef ein Abglanz der Popularität fällt⁵.

Zum ersten Mal war dieses Phänomen 1965 beim Besuch der englischen Königin — dem ersten nach dem Zweiten Weltkrieg — wahrgenommen worden. Damals verhalf dieser Staatsbesuch dem Regierungschef Ludwig Erhard und der Regierungspartei CDU/CSU zu einem klaren Wahlsieg⁶. Da nun 1994 bei der Europawahl ein solcher Gorbatschowscher Effekt wegfiel, mußte man fürchten, daß die deutsche Wahlbeteiligung wieder auf das Normalmaß von 1984 (56,8%) oder — angesichts der Depression der Bevölkerung im Winter 1993/94 — noch weiter zurückfallen würde. Dies wäre ohne Zweifel als eine Bestätigung der weithin vermuteten Europaverdrossenheit interpretiert worden.

Aber dazu kam es nicht. Mit dem nach langer Stagnation oder sogar Schrumpfung im ersten Quartal 1994 einsetzenden Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um gut 2% begann — langsam zuerst im März und April und dann in steilem Anstieg zwischen Anfang und Ende Mai — ein Stimmungsumschwung, wie er mit den Mitteln der Demoskopie nur selten beobachtet worden ist.

Aber die Stimmung hatte die Bevölkerung nicht gleichmäßig ergriffen. Bei CDU/CSU-Anhängern waren die Erwartungen, es werde jetzt wirtschaftlich bergauf gehen, von Februar bis Mai von 27 auf 54% gestiegen. Ähnlich bei FDP-Anhängern von 14 auf 45%. Bei der SPD blieb die Stimmung gedrückt: 14% im Februar, 23% Ende Mai erwarteten einen wirtschaftlichen Aufschwung.

Genauso sah es aus, wenn man ganz allgemein nach Hoffnungen oder Befürchtungen für die nächsten 12 Monate fragte. Unter CDU/CSU-Anhängern war die Zahl der Optimisten von 47 auf 60%, bei den FDP-Anhängern von 47 auf 64% gestiegen, bei SPD-Anhängern hatten sich die Hoffnungen nur ganz leicht gehoben, von 39 auf 46%. Und das war keine Reaktion auf die Wahl von Roman Herzog zum Bundespräsidenten am Pfingstmontag; fast alle Interviews dieser Umfrage waren schon vorher gemacht⁷.

Diese ungleiche Stimmung in den politischen Lagern spiegelte sich nun auch in den Einstellungen zur Europawahl. Auf die Frage: "Glauben Sie, daß die kommende Europawahl eine besonders wichtige Wahl ist?" stieg die Antwort: "Eine besonders wichtige Wahl" bei CDU/CSU-Anhängern zwischen Anfang und Ende Mai von 35 auf 53%, bei der FDP von 36 auf 44%, bei der SPD auch von 29 auf 43%, bei Bündnis 90/Grüne nur von 31 auf 39%⁸.

Die Absicht, bei der Europawahl wählen zu gehen, zog mit. Sie entsprach der ungleichen Stimmung der Parteianhänger. Zwischen Anfang und Ende Mai stieg die Wahlabsicht bei CDU/CSU-Anhängern von 60 auf 74%. "Ganz sicher gehe

ich zur Wahl", erklärten Anfang Mai 48% der CDU/CSU-Anhänger, 61% Ende Mai. Bei den FDP-Anhängern stieg die Wahlabsicht von 63 auf 80%, "ganz sichere Wahlabsicht" von 44 auf 60%. Bei den SPD-Anhängern blieb die Wahlabsicht zwischen Anfang und Ende Mai unverändert bei 59%. "Sicher gehe ich wählen", sagten Anfang und Ende Mai 46% der SPD-Anhänger.

Auf dieser Basis wurde eine Wahlbeteiligung von 60% prognostiziert⁹ und schließlich am 12. Juni auch erreicht. Wiederum wie 1989 wirkte sich die Stimmung vor allem zugunsten CDU/CSU aus. Bei einer drei Wochen vor der Wahl abgeschlossenen Umfrage lag sie — nachdem die SPD bei der "Sonntagsfrage" zur Zweitstimmen-Wahlabsicht: "Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre ..." im Bundesgebiet schon seit zwei Jahren geführt hatte — in den Wahlabsichten zur Europawahl vor der SPD, und die Tendenz zeigte für die CDU/CSU weiter aufwärts¹⁰. Mit einem Vorsprung vor der SPD von 6,6% siegte sie schließlich bei der Europawahl vom 12. Juni 1994.

Muß man also sagen, daß die gute deutsche Wahlbeteiligung kaum etwas aussagt über die Einstellung der Deutschen zur Europäischen Union? Das wäre kurzsichtig. Eine Aufschwungstimmung, wie sie die Deutschen im Frühjahr 1994 ergriff, würde nicht überspringen auf Interesse und Wahlbeteiligung bei der Europawahl, wenn es da nicht einen Resonanzboden gäbe.

*Tabelle 1: Warum die Europäische Union wichtig ist
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: "Hier auf dieser Liste steht einmal einiges, warum die Europäische Union wichtig sein kann. Was davon ist Ihnen persönlich bei der Europäischen Union am wichtigsten?"

	Bundesrepublik insgesamt %	Westliche Bundesländer %	Östliche Bundesländer %
Damit es nie wieder Krieg in Europa gibt	61	59	68
Damit wir wirtschaftlich stark sind	30	32	23
Um uns gegenüber Japan und Amerika zu behaupten	14	14	10
Um gegenüber dem politisch noch unstabilen Rußland stark genug zu sein	9	10	7
Nichts davon wichtig	5	4	6
Keine Angabe	4	3	5
	123	122	119
n =	2.088	1.023	1.065

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5095, Mai 1994.

Die Bevölkerung hat eine Spürnase, das hat schon Machiavelli bewundert. Sie hat eine Spürnase für Europa. "Woran könnte man bei dem Wort Europa denken" lautete eine Allensbacher Frage im April/Mai 1994.

Zukunft — Vielfalt — Freiheit — Fortschritt — Stärke: Das sind die Assoziationen, die die deutsche Bevölkerung vor allem anderen mit Europa verknüpft. Zwischen 60 und 80% zeichnen so ihr Europa-Bild. "Wohlstand" bleibt mit 48%: "Daran könnte man bei Europa denken" deutlich zurück¹¹.

Bei einer zweiten Umfrage im Mai 1994 wurden vier Vorschläge unterbreitet und gefragt: "Was davon ist Ihnen persönlich bei der Europäischen Union am wichtigsten?"

"Die Europäische Union ist wichtig, damit es nie wieder Krieg in Europa gibt", sagten 61%. Weit dahinter erst, mit 30%, rangierte: "Damit wir wirtschaftlich stärker sind".

Eine dritte Frage, nun schon sehr rational formuliert, testete eine Aussage von Bundeskanzler Helmut Kohl, aber ohne zu erwähnen, daß sie von ihm stammte, um neutrale, von der Einstellung zu Kohl unabhängige Ergebnisse zu erhalten. Die Frage lautete: "Wenn jemand sagt: 'Bei der Europa-Politik geht es nicht in erster Linie um die Wirtschaft, sondern es geht bei der Europa-Politik vor allem um eine Politik für Freiheit und Frieden.' Würden Sie da zustimmen oder nicht?"¹² Die relative Mehrheit, 42%, sagte: "Würde zustimmen" bei 32% Gegenstimmen: "Würde nicht zustimmen". Jeder vierte blieb unentschieden.

*Tabelle 2: Europa sichert Frieden und Freiheit
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: "Wenn jemand sagt: 'Bei der Europapolitik geht es nicht in erster Linie um die Wirtschaft, sondern es geht bei der Europapolitik vor allem um eine Politik für Freiheit und Frieden.' Würden Sie da zustimmen oder nicht?"

	Gesamt- deutschland %	Westliche Bundesländer %	Östliche Bundesländer %
Würde zustimmen	42	43	36
Würde nicht zustimmen	32	32	33
Unentschieden, keine Angabe	26	25	31
	100	100	100
n =	1.036	487	549

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (April/Mai 1994).

Die öffentliche Diskussion in Deutschland verengt sich in eigentümlicher Weise auf Wirtschaftsfragen. Das ist so beim Thema Deutsche Einheit und das ist so beim Thema Europa. Gewiß: 78% der Bevölkerung — 77% in Westdeutschland,

84% in Ostdeutschland — haben bemerkt, daß die Bananen nach der Verordnung der Europäischen Union über die Bananeneinfuhr teurer geworden sind¹³. Gewiß: die große Mehrheit der Deutschen — 70% — lehnt das Ersetzen der D-Mark durch eine einheitliche europäische Währung ab. Dafür sind 12%¹⁴. Bei der Frage: "Hat die Bundesrepublik durch ihre Mitgliedschaft in der EU eigentlich mehr Vorteile oder mehr Nachteile, oder würden Sie sagen, die Vor- und Nachteile gleichen sich aus?" hat in Westdeutschland seit 1979 die Antwort: "Mehr Nachteile" immer überwogen, und zwar je kritischer die Wirtschaftslage war, um so mehr. Im Februar 1994 sagten 16%: "Mehr Vorteile", 32%: "Mehr Nachteile", und zwei Fünftel fanden: "Gleichen sich aus". Mit der Besserung des Wirtschaftsklimas — und der Annäherung der Europa-Wahl — wurde das Verhältnis günstiger. Ende April 1994 standen 17% der Antworten: "Mehr Vorteile" nur noch 20%: "Mehr Nachteile" gegenüber. Klar, daß die Bevölkerung solche Fragen gefühlsmäßig beantwortet, nicht untermauert mit irgendwelchen wirtschaftlichen Kenntnissen¹⁵.

Lautet die Frage, ganz gefühlsmäßig zu beantworten: "Wie sehen Sie das?: Würde Deutschland ohne die Mitgliedschaft in der Europäischen Union *wirtschaftlich* besser dastehen, oder glauben Sie das nicht?" sind die Ergebnisse eindeutig: "Würde besser dastehen" meinen 20%. "Glaube ich nicht": 50%¹⁶. Und noch eindeutiger ist das Resultat, wenn die Frage lautet: "... würde Deutschland ohne die Mitgliedschaft in der Europäischen Union *politisch* besser dastehen...?" — "Besser dastehen" sagen 14%, "Glaube ich nicht" 62%¹⁷.

Bei der Frage: "Wenn Sie an die Zukunft denken: Ist es mit Blick auf die Zukunft gut oder nicht gut, Mitglied der Europäischen Union zu sein?" gibt es schließlich fast keine Gegenstimme mehr. "Gut" sagen 73% der Deutschen mit 6% Gegenstimmen: "Nicht gut".

Tabelle 3: Fast ungeteilte Unterstützung der EU-Mitgliedschaft
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre

FRAGE: "Wenn Sie an die Zukunft denken: Ist es mit Blick auf die Zukunft gut oder nicht, Mitglied der Europäischen Union zu sein?"			
	Gesamt- deutschland %	Westliche Bundesländer %	Östliche Bundesländer %
Ist gut	73	76	67
Ist nicht gut	6	4	9
Unentschieden	21	20	24
	100	100	100
n =	999	456	543

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (April/Mai 1994).

Die Konfliktstoffe und die Schwierigkeit der Entscheidungen bei dem Zusammenwachsen Europas sind der Bevölkerung gefühlsmäßig bewußt. Auf die Frage: "Wie schätzen Sie das ein: Haben die Länder der Europäischen Union eigentlich überwiegend gemeinsame Interessen oder überwiegend gegensätzliche Interessen?" sagt die relative Mehrheit, 41%: "Überwiegend gegensätzliche Interessen" gegenüber 35%: "Gemeinsame Interessen".

*Tabelle 4: Gegensätzliche Interessen
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: "Wie schätzen Sie das ein, haben die Länder der Europäischen Union eigentlich überwiegend gemeinsame Interessen oder überwiegend gegensätzliche Interessen?"			
	Gesamt- deutschland %	Westliche Bundesländer %	Östliche Bundesländer %
Überwiegend gemeinsame Interessen	35	34	36
Überwiegend gegensätzliche Interessen	41	43	34
Unentschieden	24	23	30
	100	100	100
n =	999	456	543

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (April/Mai 1994).

Skeptisch sind auch die Einstellungen zu der Frage: "Haben die Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft Deutschland damals bei der Wiedervereinigung geholfen, oder haben sie nicht geholfen?" — "Nicht geholfen" sagen 43%, aber immerhin 33% erinnern sich anscheinend, daß die Völker — im Unterschied zu manchen europäischen Regierungen — nach Meinungsumfragen die deutsche Wiedervereinigung immer mehrheitlich unterstützt haben, und antworten jetzt: "Haben geholfen"¹⁸.

Die entscheidende Frage ist: "Wieviel Souveränität sollen die europäischen Länder, soll Deutschland für die Europäische Union aufgeben?" Das war auch die Frage, die das Bundesverfassungsgericht bei seinem Maastricht-Urteil vom 12. Oktober 1993 beschäftigte. Hermann Lübke in seinem Buch "Abschied vom Superstaat" trifft schon mit dem Titel die Stimmung der Bevölkerung. Es ist nicht die Zeit der Großstaatenbildung, sagt er, historisch ist es anders gelaufen, und belegt das mit dem Zusammenbruch der Großstaatenphantasien der Nationalsozialisten oder dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Auch das Bundesverfassungsgericht mit seiner Formulierung: "Nicht Bundesstaat, sondern Staatenverbund" trifft die Stimmung der Bevölkerung. "Die Abwehr gegen den Überstaat ist stark", schreibt Michael Stürmer zutreffend. "Der Überstaat würde Europa nicht stärken, sondern schwächen. Denn Europa würde sich dagegen wehren wie

ein Körper gegen ein fremdes Organ, gegen eine falsche Blutgruppe. Es geht nicht."¹⁹

Zwischen September 1992 und Mai 1994 hat sich in diesem Punkt in den Auffassungen der Bevölkerung nichts geändert. Die Frage, damals und jetzt in gleichem Wortlaut gestellt, lautete: "Es gibt ja zwei verschiedene Möglichkeiten, wie Europa in Zukunft aussehen soll. Es kann ein gemeinsamer Staat sein mit einer zentralen Regierung und gemeinsamen Gesetzen, oder aber ein Bündnis einzelner selbständiger Staaten. Was meinen Sie, wie sollte es sein: Sollte es einen gemeinsamen europäischen Staat geben oder ein europäisches Bündnis einzelner selbständiger Staaten?" Für einen gemeinsamen europäischen Staat stimmen 13%, für ein europäisches Bündnis einzelner selbständiger Staaten 74%.²⁰

Hier sind wir in dem Bereich, in dem alles in der Demoskopie davon abhängt, wie abstrakt oder wie konkret man fragt. Abstrakt befragt, ist die Mehrheit der Deutschen für eine gemeinsame europäische Außenpolitik (55%), für eine gemeinsame Wirtschaftspolitik (52%), für eine gemeinsame europäische Armee (49%); allerdings nicht, wie schon gesagt, für eine gemeinsame europäische Währung (27%).²¹ Sobald das Stichwort: "Gemeinsame europäische Politik" übersetzt wird in konkrete Entscheidungssituationen, gibt es eine relative Mehrheit nur noch für die gemeinsame europäische Armee, ein Patt für die gemeinsame europäische Außenpolitik, Ablehnung gemeinsamer europäischer Exportpolitik und Ablehnung, daß etwa ein spanischer Präsident der europäischen Zentralbank über die Stabilität auch des deutschen Geldes entscheidet.

Eine Interpretation, die Deutschen wollten in Wirklichkeit nicht die Europäische Union, wäre bestimmt falsch. Bei einer Güterabwägung würden sich die Deutschen für die gemeinsame europäische Politik entscheiden. Das Stimmungsbild ist zu eindeutig, das zeigt auch die folgende Dialogfrage, bei der zwei Ansichten gegeneinandergestellt wurden:

Die eine: "Wir im vereinten Deutschland brauchen Europa heute nicht mehr so sehr wie noch zur Zeit der Teilung. Heute können wir unsere Interessen besser vertreten, wenn wir uns nicht so sehr an Westeuropa binden."

Die andere: "Das sehe ich anders. Gerade weil unsere Lage nach der Vereinigung größer und stärker geworden ist, müssen wir zeigen, daß wir in Europa ein verlässlicher Verbündeter sind. Alles andere würde nur Angst schüren und den Frieden gefährden."

Der ersten Ansicht stimmen 15%, der zweiten 70% zu. Von einem erstarken, aggressiven Nationalismus ist mit den Mitteln der Demoskopie nichts zu erkennen.²²

Zweifellos spielt bei der Zurückhaltung gegenüber europäischem Zentralismus die Skepsis der Deutschen mit, ob Politiker an der Spitze wirklich vor allem die gemeinsamen europäischen Interessen verfolgen würden, oder doch mehr die Interessen ihres jeweiligen Landes.²³ Aber wichtiger als die Kalkulation ist wahrscheinlich das Gefühl der Deutschen, das sich gegen europäischen Zentralismus

*Tabelle 5: Worauf man als Europäer stolz sein kann
Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre*

FRAGE: "Wenn Sie einmal an Europa als Ganzes denken: Worauf kann man da als Europäer eigentlich stolz sein? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste hier." (Listenvorlage)

	Bundesrepu- blik insgesamt %	Westliche Bundesländer %	Östliche Bundesländer %
Auf die schönen Städte und Land- schaften	60	62	55
Auf den Wegfall vieler Grenzzäune	53	53	51
Auf die kulturelle Vielfalt	52	54	46
Auf die Demokratie	45	50	25
Auf die Medizin	44	47	36
Auf die Technik	44	45	39
Auf die Musik	42	44	36
Auf die Sozialversicherung	38	42	21
Auf die Europäische Einigung, die Europäische Union	38	41	26
Auf den Wohlstand	37	40	25
Auf die gute Küche	37	39	29
Auf die guten nachbarschaftlichen Beziehungen	37	40	25
Auf die Industrie	37	38	30
Auf die Architektur	36	36	35
Auf die Museen	32	33	27
Auf die Dichtung	31	31	32
Auf die Malerei	30	32	25
Auf die Universitäten	29	31	20
Auf die Geschichte	29	30	22
Auf den Straßenbau	27	29	19
Auf die Wirtschaft	26	28	19
Auf die Sauberkeit	26	27	20
Auf die Sportler	26	25	27
Auf die Naturwissenschaft	24	25	21
Aus die Gartenkunst, Parks	24	24	24
Auf die Landwirtschaft	20	21	13
Auf die Philosophie	19	20	15
Auf nichts davon	3	2	5
Weiß nicht, keine Angabe	5	5	4
n =	1.056	527	529

Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5095, Mai 1994.

sträubt. Auf die Frage: "Wenn Sie einmal an Europa als ganzes denken: Worauf kann man als Europäer eigentlich stolz sein?" mit 27 auf einer Liste zur Auswahl gestellten Antworten, setzten die Deutschen an die Spitze: "Auf die schönen Städte und Landschaften" (60%) und: "Auf die kulturelle Vielfalt" (52%). Mit diesem Europa-Bild sträuben sich die Deutschen gegen Zentralismus.

Vielleicht erklärt sich damit auch, warum die Deutschen die Verstärkung demokratischer Kontrolle durch das Europäische Parlament nicht besonders wichtig finden. Es sieht so aus, als ob sie ein Gefühl für das Argument von Historikern und Politikwissenschaftlern haben: stärkere Kontrollrechte für das Europäische Parlament führen unvermeidlich binnen weniger Jahre zu stärkerer Einheit²⁴.

Befürchtungen, Deutschland neige zur Selbstisolation innerhalb der Europäischen Union²⁵, können aus den Umfrageergebnissen entkräftet werden. Dabei erkennt die Bevölkerung realistisch, daß die Mitgliedsländer in großem Umfang gegensätzliche Interessen haben. Aber die Forderung, Deutschland müsse seinem realen Gewicht entsprechend stärkeren Einfluß in der EG haben, hat in den letzten drei Jahren nicht mehr zugenommen ("Müßte mehr Einfluß haben" 40%, "Finde ich nicht" 44%)²⁶.

Die Entscheidung, die Europäische Zentralbank später in Frankfurt zu errichten, findet eine Mehrheit von 57% wichtig bei 23% Gegenstimmen "Nicht so wichtig"²⁷. Eine Aufnahme von Finnland, Norwegen, Österreich und Schweden in der EU begrüßt die deutsche Bevölkerung. 68% sagen "Dadurch wird die Europäische Gemeinschaft gestärkt"²⁸. Aber der Maastrichter Vertrag hat zwischen April 1993 und April 1994 keine Fortschritte in der Akzeptanz der Bevölkerung gemacht. Fast alle (83%) haben davon gehört, aber nur 29% sind dafür, 13% dagegen, die meisten (58%) haben entweder davon nichts gehört oder blieben unentschieden²⁹. Und desolat ist auch weiter das Informationsdefizit. Wie seit Jahren fühlen sich die Deutschen unzureichend informiert ("Ganz gut informiert" 15%, "Nicht so gut" 73%)³⁰. Bei Wissensfragen schneiden die Deutschen auch schlechter ab als der europäische Durchschnitt.

Es ist gut, klar zu sehen, daß dies jedenfalls nicht aus europäischer Verdrossenheit so ist. Sogar die Befürchtung, es könne in der Europäischen Union verlorengehen, was Deutschland ist, die nach dem Abschluß des Maastricht-Vertrages einen Höhepunkt erreicht (47%, Herbst 1992), ist auf 36% zurückgegangen. 51% sagen jetzt: "Das glaube ich nicht"³¹.

Anmerkungen

1 Reumann, Kurt: Mit Kohl und der Union ist wieder zu rechnen. Das Werben für Europa hat sich ausgezahlt. Niedrige Beteiligung. Vor allem junge Wähler blieben den Urnen fern, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung 135

v. 16. 6. 1994, S. 3.

2 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (29), April/Mai 1994.

3 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (52), April/Mai 1994.

- 4 Vgl. Ergebnisse der 4. Direktwahlen zum Europäischen Parlament, abgedruckt als Dok. Nr. 4 in diesem Band.
- 5 Noelle-Neumann, Elisabeth: Gorbatschow stimulierte sogar die Europawahl. Die Deutschen und das "gemeinsame europäische Haus", in: FAZ 147 v. 29. 6. 1989, S. 12.
- 6 Noelle-Neumann, Elisabeth: Öffentliche Meinung. Die Entdeckung der Schweigespirale, Frankfurt a. M./Berlin 1991 (3. Auflage des Bandes: Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung — unsere soziale Haut, 1980), insbes. S. 18.
- 7 Noelle-Neumann, Elisabeth: Vor der Europawahl liegt die Union vorn, in: FAZ 130 v. 8. 6. 1994, S. 5. Ein Anlaß zur Freude, trotz allem. Die Deutschen wollen das vereinte Europa. Der Allensbacher Monatsbericht. Eine ausführliche Dokumentation dieses Artikels steht im Archiv des Instituts für Demoskopie Allensbach zur Verfügung.
- 8 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5094 (82 A), April/Mai 1994 und 5095 (69 B), Mai 1994.
- 9 Noelle-Neumann, Elisabeth: Vor der Europawahl liegt die Union vorn, a. a. O.
- 10 Noelle-Neumann, Elisabeth: Vor der Europawahl liegt die Union vorn, a. a. O.
- 11 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (14), April/Mai 1994.
- 12 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Öffentliche Meinung, in: Weidenfeld, Werner/Wessels, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch der Europäischen Integration 1992/93, Bonn 1993, S. 272–280, hier S. 276.
- 13 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (42 B), April/Mai 1994.
- 14 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Öffentliche Meinung (1992/93), a. a. O., hier S. 274 und Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (51 B), April/Mai 1994.
- 15 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Öffentliche Meinung (1992/93), a. a. O., hier S. 272/273 und Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5090 (63/69), Februar 1994 und 5094 (50 A), April/Mai 1994.
- 16 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (40 A), April/Mai 1994.
- 17 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (40 B), April/Mai 1994.
- 18 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (55 A), April/Mai 1994.
- 19 Stürmer, Michael: Die Zukunft des Nationalen in Europa (Vortrag anlässlich der Sitzung des Wirtschaftsbeirates v. 8. 12. 1993), München 1994 (Bayerische Landesbank Girozentrale).
- 20 Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5107 (16), Sept. 1992 und 5095 (28), Mai 1994.
- 21 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5095 (28), Mai 1994.
- 22 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5095 (22 A), Mai 1994.
- 23 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5095 (39), Mai 1994.
- 24 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (54 B), April/Mai 1994.
- 25 Schwarz, Hans-Peter: Germany's National and European Interests. A Country without national interests?, in: Daedalus, Vol. 123, No. 2, Spring 1994, S. 81–105, hier S. 97.
- 26 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Öffentliche Meinung (1992/93), a. a. O., hier S. 278/279 und Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (66), April/Mai 1994.
- 27 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (67 A), April/Mai 1994.
- 28 Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (41 B), April/Mai 1994.
- 29 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Öffentliche Meinung (1992/93), a. a. O., hier S. 278/279 und Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 5079 (69), April 1993 und 5094 (51 A), April/Mai 1994.
- 30 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Öffentliche Meinung (1992/93), a. a. O., hier S. 272/274.
- 31 Noelle-Neumann, Elisabeth: Die Öffentliche Meinung (1992/93), a. a. O., hier S. 274/275 und Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 5094 (31 A), April/Mai 1994.